

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Sonnabend
4. April 1925

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Der Rechtsblock erschüttert.

Wo bleibt Jarres?

Die Einheitskandidatur **Marg** gegen den Rechtsblock und die Wiederwahl von **Otto Braun** in Preußen hat den Rechtsblock so sehr zur Erkenntnis der Unvermeidlichkeit einer zweiten Niederlage gebracht, daß das Stimmungsbarometer der Rechtspresse erheblich gefallen ist. Verdrossen, verbissen, kleinlaut, nur ab und zu ein Wutschrei oder eine Lüge: das ist das Bild der Rechtspresse von heute morgen.

Die republikanischen Parteien haben mit der Proklamation der Kandidatur **Marg** gegen den Rechtsblock einen ersten unerkennbaren Erfolg davongetragen. Die Hoffnungen der Rechten auf Zerspaltung der Republikaner, die Hoffnungen, ihnen durch ein Spiel mit einer sogenannten Sammelskandidatur den Erfolg aus der Hand zu nehmen, sind dahin. Jetzt geht es um die Entscheidung: **Marg** gegen **Jarres**! Daß **Jarres** jetzt wieder nominiert wird, ist höchst wahrscheinlich. Die Hoffnungen der Rechten auf Sieg sind dahin, die Person des Durchfallskandidaten ist deshalb nicht mehr von großer Bedeutung. In allen Rechtsblättern kann man lesen, daß heute noch **Jarres** nominiert werde. Die Leser der Rechtspresse, die **Jarres**-Wähler vom 29. März aber werden fragen: warum nicht schon zu Beginn der Woche? Sollen wir für den Durchfallskandidaten aus Verlegenheit stimmen?

Man wird abwarten, was vom Rechtsblock bei der Nominierung zusammenbleibt und was am 26. April. Innerlich ist er erschüttert. Man hört nichts mehr vom „Siegesszug von Dr. Jarres durch Deutschland“, vom „Ervählten des deutschen Volkes“. Die Gewißheit der Niederlage lähmt den Rechtsblock.

Kandidat **Marg** und **Otto Braun** preußischer Ministerpräsident! Zwei schwere Schläge für die Rechtsparteien. Den notwendigen inneren politischen Zusammenhang zwischen beiden Ereignissen vermögen die Rechtsblätter nur unter dem Gesichtspunkt des Geschäfts zu verstehen. Beide Ereignisse sind zwei Akte des großen Kampfes der Republikaner gegen den Rechtsblock — das ist der wahre Zusammenhang. Die Rechtspresse jedoch variiert das Thema: „Geschäft ist alles!“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ spricht von einem „politischen Riesengeschäft zwischen Zentrum und Sozialdemokraten“; die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt über den „Verkauf Preußens“, und der „Total-Anzeiger“ entrüstet sich: „das Geschäft ist perfekt“. Die Entrüstung wirkt um so komischer, als ihre Passivität seit der Dezemberwahl wahrhaftig genug Erfahrungen in eigenen Geschäften mit veritablen Reichsregierungen und mit Preußenregierungen im Monde gemacht haben.

Daß es außer dem Geschäft auch noch Politik gibt, das können sie nicht begreifen! Heute morgen schrieb die „Germania“ vorahnend:

„Morgen werden die Verärgerten und Enttäuschten in ihrer Presse schreiben, das Zentrum habe sich an die Sozialdemokratie verkauft. Das ist natürlich blanter Unsinn, ist elende Wahlmache. Keine Partei opfert auch nur ein Sotol von ihrer Selbstständigkeit und ihrer Unabhängigkeit. Oder hat etwa die Deutsche Volkspartei auf ihre Existenz verzichtet, als sie sich mit den Deutschnationalen im Rechtsblock zusammenschloß? Und haben sich die Deutschnationalen vielleicht an die Partei des Herrn Stresemann verkauft? Wir könnten das mit größerem Recht behaupten als sie umgekehrt von uns. Zum Zwecke der Verbeugung hat die Rechtspresse die Mär erfunden, die Sozialdemokratie habe die Bedingung gestellt, daß bei einer Wahl von **Marg** auch das Kabinett **Luther** gestürzt werden müsse. Im Auftrage der Zentrumspartei haben wir zu erklären: Die Sozialdemokratie hat eine solche Bedingung niemals gestellt. Das Zentrum brauchte sie also weder anzunehmen noch abzulehnen. Wir werden uns gestatten, jeden, der diese Behauptung wiederholt, einen Lügner zu nennen.“

Wir stimmen der „Germania“ zu. Die Lüge ist auch zu dumm erfunden. Man schüttelt doch nicht einen Baum, dessen wurmfressige Früchte das nächste Säuseln des Windes herabwirft!

Die innere Wut der Rechtspresse wendet sich gegen das Zentrum. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wird pathetisch:

„Aber selbst einen **Judas** ergriff einst die Reue, als er sah, was er für die Silberlinge angerichtet hatte. Der Verrat an den Grundgesetzen der Partei, die ja nicht nur materieller Art sein sollen, wird sich erst dann gegen seine Urheber selbst wenden, wenn der klare Wille der Zentrumsanhänger im Lande, die sich ihr natürliches Pflicht- und Nationalgefühl noch bewahrt haben, einen dicken Strich durch allzu kluge „Rechnung“ gemacht hat.“

Es ist die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, für die der frühere Sozialdemokrat **Dr. Paul Lensch** noch als Chefredakteur firmiert, die vom **Judas** spricht!

Am tiefsten betroffen ist die „Zeit“. Begreiflich, Herr **Jarres** ist recht eigentlich ihr Kandidat. Sie redet von der „Schwindelfirma der Mittelparteien“, von der sogenannten Sammelskandidatur **Marg**, vom „Parteikandidaten des Linksblocks **Marg**“ im Gegensatz zu dem „überparteilichen Kandidaten **Jarres**“. Wir verstehen ja, daß es für die „Zeit“ schwer sein mag, in einer so hoffnungslos verlassenen Lage das Gesicht zu wahren, aber so sehr hätte man doch nicht die Fassung und das Format verlieren sollen. Wir fragen nur ergebenst: warum ist die Kandidatur **Marg** eine sogenannte Sammelskandidatur und die Kandidatur **Jarres** eine wirkliche?

Warum ist der Kandidat der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ein überparteilicher Kandidat und der Kandidat des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten ein Parteikandidat?

Marg gegen **Jarres**! Der Rechtsblock ist erschüttert. Er wankt. Nun an die Arbeit, damit er am 26. April den letzten Stoß erhält!

Immer noch nicht!

Armer Jarres!

Der Rechtsblock ist heute morgen in Anwesenheit von Vertretern aller Parteien und Verbände zur Beratung zusammengetreten. Die Verhandlungen, die als vertraulich bezeichnet werden, werden nach einer Mittagspause fortgesetzt.

Eine kleine Geschichtsfälschung.

Die „Deutsche Zeitung“ nimmt Notiz von den Verhandlungen, die gestern beim Reichskanzler **Dr. Luther**, wie es heißt, auf Grund einer Anregung des Abgeordneten **Leicht** von der Bayerischen Volkspartei, im Grunde aber mit Wissen und Willen des Rechtsblocks veranstaltet wurden. Diese Verhandlungen sollten den Rechtsblock vor der unvermeidlichen Niederlage am 26. April bewahren und die Kandidatur der republikanischen Parteien verhindern. Diese Verhandlungen sind gescheitert. Jetzt möchte die „Deutsche Zeitung“ die Initiative an diesen Verhandlungen den republikanischen Parteien zuschieben. Sie schreibt:

„Die Vorgeschichte der absurden, für die Rechtsparteien natürlich von vornherein unerörterbaren Kandidatur **Simons**, ist wieder einmal bezeichnend gewesen für das Verhalten der Linken in Fällen, wo ihre Aussicht auf Erfolg ungenügend ist, wie im gegenwärtigen Wahlkampf. Da scheut man sich dann auch nicht, die sonst so geheiligte Weimarer Verfassung links liegen zu lassen. Diese Vorschläge haben jedoch, wie oben mitgeteilt, die verdiente Ablehnung erfahren. Für das Zentrum ergab sich daraus die Notwendigkeit, nunmehr Farbe zu bekennen.“

Mit Verlaub: Die Initiative ging vom Rechtsblock aus. Er wollte sich um eine zweite Niederlage herumdrücken. Er scheute eine zweite Entscheidung des Volkes. Er wollte ein verfassungsänderndes Gesetz, und es war nicht die Ablehnung dieses Vorschlages durch die Parteien des Rechtsblocks, die ihn zum Scheitern brachte und damit, wie die „Deutsche Zeitung“ schreibt, das Zentrum zwang, Farbe zu bekennen, es war vielmehr die von vornherein abgegebene Erklärung des Zentrums, daß es **Marg** bereits nominiert habe und die Kandidatur nicht zurückzuziehen gedenke, die dem Manöver der Rechtsparteien ein rasches Ende bereitete.

Eine neue Grubenkatastrophe.

Seilbruch auf der Zeche **Matthias Stinnes**.

Wien, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Ein schweres Grubenunglück ereignete sich heute morgen um 6 Uhr beim Schichtwechsel auf **Zeche Matthias Stinnes I** und **II** in **Carnap**. Ein mit 70 Bergleuten besetzter Förderkorb stürzte infolge Seilbruches in die Tiefe. Bis jetzt sind 2 Personen als tot und 35 als lebensgefährlich verletzt gemeldet. Die Rettungsarbeiten sind sofort mit aller Energie in Angriff genommen worden. — Bis 11 Uhr vormittags wurden 3 Tote und 56 Schwerverletzte, darunter viele mit lebensgefährlichen Knochenbrüchen, geborgen. 14 Mann liegen noch auf der untersten Förderstufe. Leider muß angenommen werden, daß sie zerschmettert sind. Die Bergungsarbeiten gestalten sich äußerst schwierig. Die Jochenverwaltung lehnt jede Auskunft, auch an die Presse, ab.

Essen, 4. April. (W.T.B.) Das Unglück auf dem neuen Schacht **V** der **Zeche Matthias Stinnes** ereignete sich zu Beginn der Schicht. Aus bisher unbekanntem Grund versagte die Fördermaschine. Infolgedessen fuhr der leere Förderkorb in die Seilseilbahn, während der mit 70 Mann besetzte zweite Förderkorb in den Sumpf hinabsuhr. Bei dem Anprall wurde die unterste Etage erheblich gestaut. Die Rettungsarbeiten lehten sofort mit aller Energie ein, und es gelang binnen kurzem, die Befahrung der drei obersten Etagen des verunglückten Förderkorbes restlos zu bergen. 15 von diesen konnten ohne jede Hilfe sich nach Hause begeben. Aus der untersten vierten Etage sind zurzeit zwei Tote geborgen. Es fehlen noch etwa 10 bis 11 Mann. Ein großer Teil der Verunglückten ist leicht verletzt. Drei Mann wurden schwer verwundet.

Essen, 4. April. (W.T.B.) Von den auf **Zeche Matthias Stinnes** verunglückten Bergleuten waren bis 10 Uhr vormittags 63 geborgen, davon waren 15 ohne Verletzungen, 43 leicht und 3 schwer verletzt. 2 waren tot, 7 bis 9 befinden sich noch in der unteren, stark zusammengedrückten Etage des Förderkorbes. Die Bergungsarbeiten gestalten sich sehr schwierig, und es ist wohl nicht damit zu rechnen, daß noch einer von diesen Verunglückten lebt. Die Bergbehörde war sehr rasch zur Stelle, um die Ursache des Unglücks festzustellen. Die beiden bisher geborgenen Toten sind die Bergleute **Diehl**, 27 Jahre alt, und **Lippe**; letzterer ist Vater von vier Kindern.

England und die deutschen Wahlen

Die Beurteilung des Wahlergebnisses.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

E. W. London, 1. April.

Gewisse politische Grundbegriffe, um die die junge mitteleuropäische Demokratie erst ringen muß, sind dem Engländer in Fleisch und Blut übergegangen; aber das unmittelbare leidenschaftliche Interesse für alles, was nicht England unmittelbar selbst oder was das britische Weltreich betrifft, hat sich im Laufe der Jahrhunderte ein wenig totgelaufen. Es ist, im Gegensatz zu Frankreich, aber auch zu Deutschland, ein wenig Ironie in allen Ernst gemischt. Deshalb würde die Zustimmung, sich für die deutschen Präsidentenwahlen auch nur annähernd so zu interessieren wie für den Ruderwettkampf zwischen den Universitäten **Cambridge** und **Oxford** bis in die politisch interessierten Schichten hinein nur auf ein nachsichtiges Achselzucken stoßen.

Es ist insofern selbstverständlich, daß die Presse die sich aus dem jüngsten Wettkampf **Oxford-Cambridge** ergebenden „Probleme“ nicht nur in ihrem Sportteil, sondern auch im Leitartikel ausführlicher erörtert als die politischen Fragen, die die deutsche Präsidentenwahl auswirft, und es ist kein redaktioneller Zufall, wenn eine Reihe führender englischer Tageszeitungen mit Einschluß des „Daily Telegraph“ (zurzeit Englands wichtigste politische Tageszeitung) redaktionell zur deutschen Wahl überhaupt noch nicht Stellung genommen haben, sondern sich auf die Meldungen und Kommentare ihrer Berliner Korrespondenten beschränken.

Freilich, es ist nicht nur eine gewisse Indifferenz, die aus solchen Tatsachen spricht, sondern es steht dahinter doch noch mehr ein Moment politischer Erziehung: das Widerstreben der Engländer, sich in das „schwebende Verfahren“ der Innenpolitik eines anderen Landes einzumischen. Das spricht die „Daily News“, eine der klug redigierten englischen Tageszeitungen aus, indem sie schreibt: „Es ist nicht die Aufgabe eines Ausländers, sich in das hineinzumischen, was in erster Linie eine innerpolitische deutsche Angelegenheit ist, oder auf irgendeine Weise zu versuchen, die öffentliche Meinung Deutschlands von außen her zu formen.“

Diese Einschränkungen müssen immer wieder gemacht werden, weil sich zeigt, daß die Art der Berichterstattung, die sich einige große deutsche Nachrichtenblätter aus England bestellen, in Deutschland den Eindruck erweckt, als sehe ganz England mit gespannter Aufmerksamkeit auf jede Phase der deutschen Innenpolitik. Daraus ergeben sich jene Fehlschlüsse, die so oft die deutsch-englischen Beziehungen ungünstig beeinflusst haben.

Die Feststellung dieser unzulässig weitverbreiteten Indifferenz darf aber nicht zu der falschen Auffassung verführen, als hätten die politisch maßgebenden und der Öffentlichkeit gegenüber verantwortlichen Persönlichkeiten überhaupt keine Meinung. Im Gegenteil! Die Meinung dieser Kreise ist absolut feststehend und eindeutig, vom rechten Flügel der Konservativen über die Liberalen bis zum linken Flügel der Arbeiterpartei. Es ist die völlig unwidersprochene Auffassung, daß für Deutschland wie Europa die Wahl eines rechtsgerichteten Reichspräsidenten ein Unglück bedeuten würde. Das spricht die Presse, soweit sie sich mit dem ersten Gang der deutschen Präsidentenwahl beschäftigt, auch mit einer Selbstverständlichkeit und Einstimmigkeit aus, vor der verneinlich selbst die geübtesten Verdrehungstunfische der Deutschnationalen kapitulieren müssen.

Die „Times“ (konservativ) schreibt z. B.:

Das einzige, was an dem Wahlergebnis für Europa wichtig bleibt, ist, daß jene Gruppe, die von einer Rückkehr zu den Methoden **Bismarcks** spricht und deren ausgesprochene Absicht es ist, eine Revision der durch den Versailler Frieden geschaffenen Grenzen herbeizuführen, nicht in die Lage versetzt wurde, die Durchführung der von ihr verkündeten Politik zu versuchen — wozu sie sich unter dem Druck ihrer Anhänger vielleicht veranlaßt sehen könnte.

„The Daily Chronicle“ (liberal, Blatt **Lloyd Georges**):

Rag nun die Wahl (im zweiten Gang) auf wen immer fallen, Europa hat ein Interesse daran, daß ein Republikaner gewinnt. Die Nationalisten, die Monarchisten sind, wenn sie sich auch nicht so nennen, sind die Vertreter einer Renanche-Reaktion und der militärischen Wiedergeburt. Ihr Sieg würde den Frieden untergraben . . .

„Daily News“ (linksliberal):

Der schließliche Sieg eines nationalstiftischen Kandidaten würde aber, ganz abgesehen von der Frage der Wiederkehr des „Kaiserismus“ noch andere Nachteile mit sich bringen. . . . Niemand kann und darf übersehen, daß die Wahl eines nationalstiftischen Präsidenten ernste, und wie man wohl wird sagen können, durchaus ungünstige Rückwirkungen auf Frankreich und England haben würde. Es würde notwendigerweise Deutschlands Lage schwieriger machen als das an und für sich der Fall sein müßte . . .

Die Frage, ob außenpolitisch ein „nationaler“ Reichspräsident monarchistischer Färbung erwünscht oder unerwünscht ist, kann also, was England betrifft, so klipp und klar beantwortet werden, daß es den Rechtskreisen in Deutschland auch bei der größten Vergewaltigung der Tatsachen nicht möglich sein dürfte, zu einem anderen Ergebnis zu kommen. Ein rechtsstehender Reichspräsident ist nach außen eine schwere Belastung. Ein solcher Reichspräsident würde allen denjenigen, die an die Demokratie in Deutschland niemals geglaubt, sondern sie für einen deutschen „Tid“ ge-

halten haben, ein neues und unüberlegliches Argument in die Hand spielen. Sie würde in den maßgebenden Kreisen Englands, in denen man zwar die demokratischen Kräfte in Deutschland erkennt, aber an ihrer inneren Kräftigung zweifelt, als ein Sturmzeichen gewertet werden. Nicht in dem Sinne, daß man eine Restauration der Hohenzollern erwartete. Man ist in England überzeugt, daß die Republik, auf lange Sicht gesehen, die einzig mögliche Staatsform Deutschlands darstellt. Wohl aber in dem Sinne, daß sie das Vorbild für einen Restaurationsversuch darstellt, der Deutschland in eine langdauernde Krise und außenpolitische Agonie verfallen würde.

Die Lösung der französischen Krise.

Die Sozialisten für Herriot. — Neue Kämpfe in Sicht.

Paris, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) In den Kreisen der Linksparteien ist man von der Lösung der Regierungskrise befriedigt. Die Sozialisten haben noch am Freitagabend beschlossen, der Regierung Herriot auch in Zukunft ihre aktive Unterstützung zu leisten. Den besten Weg zur Lösung der Finanzkrise sieht sie in der Erhebung einer Vermögensabgabe. Herriot hat in diesem Sinne auch bereits gewisse Zugeständnisse gemacht und in einer Fraktionsrede seiner Partei erklärt, daß er bereit ist, diese Abgabe vom Kapitalvermögen zu erheben. Das Betriebsvermögen soll nicht besteuert werden. Es ist zu erwarten, daß die Erhebung einer Vermögensabgabe im Senat auf starken Widerspruch stößt, so daß neue Kämpfe zu erwarten sind. Coucheur, dessen Ehrgeiz dahin geht, auch einmal Ministerpräsident zu werden, hat sich bereits ebenfalls gegen jede Vermögensabgabe ausgesprochen.

Am Dienstag werden die vier Koalitionsparteien in einer gemeinsamen Sitzung zu der Forderung nach einer Vermögensabgabe Stellung nehmen.

Die reaktionäre Opposition hat sich gestern in der französischen Kammer eine taktische Niederlage geholt: als Herriot die Vertagung einer Interpellation über den Rücktritt Clementels auf Dienstag verlangte, wagte es die Minderheit nicht, zu widersprechen, offenbar wie Herriot und Lauriol mit Recht bemerkten, weil sie sich davor fürchtete, ihre Stimmen zu zählen. Mit Ausnahme der Kommunisten stimmten infolgedessen alle Abgeordneten für die gewünschte Vertagung, über die der Ministerpräsident die Vertrauensfrage gestellt hatte. Es ergab sich infolgedessen das etwas paradoxe Schauspiel, daß gerade in einem Augenblick, in dem Herriot auf das äußerste gefährdet ist, ein Vertrauensvotum für ihn mit 530 gegen 29 Stimmen angenommen wurde.

Mehr als einen taktischen Erfolg bedeutet allerdings diese Abstimmung nicht, vielmehr bleibt die Lage der Regierung außerordentlich ernst, und es muß sogar mit der starken Möglichkeit einer allgemeinen Regierungskrise im Laufe der kommenden Woche gerechnet werden. Die Presse der Opposition gebärdet sich heute morgen sehr zuversichtlich, zumal sie nicht nur auf die Gegnerschaft der Coucheur-Gruppe gegen die von der Regierung geplante Kapitalabgabe rechnet, sondern auch auf den Abfall eines Teils der in der republikanisch-sozialistischen Gruppe vereinigten Anhänger Briand's.

Die Opposition Coucheurs ist einmal darauf zurückzuführen, daß dieser gerissene Politiker einen Sturz Herriots wittert, dessen Nachfolge er übernehmen könnte, aber auch darauf, daß die großkapitalistischen Interessen, deren Epönent er und seine Gruppe sind, sich durch die geplante Kapitalabgabe bedroht fühlen. Herriot hat sich hingegen in den letzten Tagen noch mehr nach links orientiert, indem er eine antidemokratische Erhöhung der Einkommensteuer absieht und eine Art Schutz- und Trughündnis mit der sozialistischen Partei schloß. Diese Entwicklung dürfte allerdings in einem Teil seiner eigenen Partei, der schon seit Monaten über die sogenannte „sozialistische Bevormundung“ stöhnt, sehr ungerne gesehen werden. Schon aus diesem Grunde ist der Ausbruch einer allgemeinen Regierungskrise in den nächsten Tagen nicht unwahrscheinlich.

Tscheka-Prozess vor dem Ende.

Plaidoyer des Staatsanwalts.

BS. Leipzig, 4. April.

Zu Beginn der Sonnabendverhandlung erklärte der Angeklagte Poegel, er halte seine Aussagen aus der Voruntersuchung aufrecht, dazu aber noch seine Aussagen aus der Hauptverhandlung, die seine Mitangeklagten entlasten.

Der Angeklagte Margies beantragte jedoch, die bei ihm gefundenen Sprengstoffe durch einen Sachverständigen untersuchen zu lassen. Aus der Photographie der Sprengstoffreste könne das Gericht doch unmöglich erkennen, daß es sich um Sprengstoffe gehandelt habe.

Nach einer Beratung teilte der Vorsitzende mit, daß es der Gerichtshof für voll erwiesen halte, daß es sich um Sprengstoff gehandelt habe, und daß er daher den Antrag ablehne.

Hierauf erhielt der Reichsanwalt zu seinem Plaidoyer das Wort: Der Reichsanwalt betonte zunächst die Objektivität, die er wahren lassen wolle. Es sei im Laufe der Verhandlung behauptet worden, daß eine ungenügende Bearbeitung der Presse durch die Reichsanwaltschaft stattgefunden habe. Das sei aber niemals geschehen. Auch sei der Vorwurf gemacht worden, als führe das Gericht einen Tendenzprozess. Auch das müsse er zurückweisen. Niemand sei von irgendeiner Behörde aus eine Beeinflussung vorgenommen worden. Schließlich müsse er noch auf die Vorwürfe gegen die Untersuchungsbehörden eingehen. Poegel habe sich über Koppenhöfers Unterjuchungsführung beschwert. Landgerichtsdirektor Bogt habe unter Eid ausgesagt, daß sich Poegel aus freien Stücken vorführen ließ. Poegel war es, der angeben hatte, daß Reumann im Ernst auf Raufschuß geschlossen habe. Die gesamten Beschwerden gegen Landgerichtsrat Bühner sind Gegenstand einer kummiswischen Interpellation im würtembergischen Landtag geworden, wo die Vorwürfe gegen Bühner zurückgewiesen wurden. Auch gegen Landgerichtsdirektor Bogt sind Angriffe gerichtet worden. Bogt hat über die Pflichten seines Amtes hinaus einem Angeklagten gesagt, daß er nichts ausfragen brauche.

Sodann wies der Reichsanwalt darauf hin, daß die RPD, ihre Leute angewiesen habe, bis zum äußersten zu schweigen

und eventuell recht ausgebeuteten Gebrauch von der Erfindung des großen Unbekannten zu machen. Nach einer Warnung an den Gerichtshof, sich nichts vormachen zu lassen, analysierte der Reichsanwalt die Spindeltheorie, mit der die RPD, eingehend gearbeitet habe. Es sei gesagt worden, daß an der Spitze der Zerschlagungsabteilung der Landtagsabgeordnete Eberlein gestanden habe, was durch ein Schreiben an denselben klar bewiesen werde. Der Angeklagte Reumann wurde nach dessen Aussagen von Stobiewski verpflichtet, und er hat ihm den Rat gegeben, mit Sprengstoffen zu arbeiten. Demgegenüber sind Stobiewski's Aussagen widerspruchsvoll. Er verleugnete die Schipowa aus Kavalleriepräsidenten, während diese selbst vor dem Untersuchungsrichter zugegeben hat, mit Stobiewski in einem Verhältnis gestanden zu haben. Der Angeklagte Hufe hat zuerst den Decknamen Wolf angegeben. Mörsner hat zugegeben, daß Reumann ihm als Verbindungsmann des Stobiewski vorgestellt wurde. Stobiewski hat behauptet, er sei erst Ende Februar nach Deutschland gekommen, während die Zeugin, Frau Hoffmann, angegeben hat, ihn schon vor Weihnachten gesehen zu haben.

Der Reichsanwalt hielt es für nachgewiesen, daß Stobiewski der Helmut ist, von dem drei Angeklagte gesprochen haben, daß ferner hochverräterische Sitzungen bei dem Abgeordneten Knoen stattgefunden haben, wobei militärische Karten verwendet wurden.

Weiter wies der Reichsanwalt die Behauptung zurück, daß die RPD lediglich falsche Angriffe habe abwenden wollen. Die Gewehre sind in Hamburg wirklich losgegangen, und es war keine Abwehr von falschen Angriffen mehr, wenn man die Polizeiwachen überfallen hat, die dem demokratischen und sozialistischen Senat von Hamburg unterstanden. Der Angeklagte Reumann hat gestanden, daß damals die Absicht bestanden habe, Revolutionskomitees einzusetzen. Verschiedenheiten haben zwischen den Richtungen innerhalb der RPD, nur bestanden über den Zeitpunkt des Ausschlagens, niemals aber darüber, daß man den Zustand vorbereiten solle.

Rummel ging der Reichsanwalt zu der Frage der Bildung der Tscheka oder Terrorgruppen über. In einer Zeit der äußersten wirtschaftlichen Bedrängnis, wo kaum ein Arbeiter in Deutschland wußte, wie er seinen Lebensunterhalt bestreiten solle, da sollte der russische Dollar in Deutschland. Wir wissen, welche Beträge zu den Waffenaufkäufen verwendet wurden. Daß dabei schließlich die Korruption sich breit gemacht hat, ist ver-

ständlich, wenn man die Leute betrachtet, deren sich die RPD als Funktionäre bedient hat. In verschiedenen Prozessen ist schon festgestellt worden, daß den Angeklagten beierrat der Tod angedroht wurde. Der Einwand der Verteidigung, daß die Partei einen individuellen Terror ablehne, ist unerheblich. Für so dumm halte er eine politische Organisation nicht, daß sie so etwas statutenmäßig festlege.

Die Not im besetzten Gebiet.

Der Reichstag für sofortige Abhilfe.

Der Reichstag, der heute in die Osterferien gehen will, begann seine Beratungen 12.20 Uhr. Der erste Punkt der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Ausschusses für die besetzten Gebiete und des Haushaltsausschusses über Hilfsmassnahmen für die besetzten Gebiete. Die beiden Ausschüsse schlagen folgende Entschliessung vor:

Nach Mitteilungen der Reichsregierung sind Verhandlungen mit den Ländern über Hilfsmassnahmen zugunsten des besetzten Gebietes vor dem Abschluß. Unter Hinweis auf die große Dringlichkeit dieser Massnahme hält der Reichstag die beschleunigte Ausschaltung der bereitgestellten Beträge für geboten. Er ist damit einverstanden, daß unbeschadet der etatsrechtlichen Beschlässe des Reichstages die sofortige Auszahlung an die Länder erfolgt. Dieser Beschluß gilt auch für die besonderen zur Förderung des Wohnungsbaues im besetzten Gebiete vom Reiche zur Verfügung zu stellenden Mittel. Die gesamte vorläufig zu verausgabende Summe darf 75 Millionen Mark nicht übersteigen.

Der Berichterstatter v. Guercard weist auf die besondere Notlage in den besetzten Gebieten hin. Besonders groß sei sie bei den Kommunalverbänden. Aber auch die Wirtschaft hat sich noch nicht völlig erholt. Besonders schlecht stehe es um die Volksgesundheit. Außerordentlich groß seien die Quartierlasten, die infolge der Besetzung entstanden sind. Die Zahl der Unterstützungsempfänger sei im besetzten Gebiet dreimal so groß als im unbesetzten Gebiet. (Hört, hört!) Die Zahl der Ausgesteuerten, die der öffentlichen Fürsorge anheimfallen, betrage mehr als das Doppelte als im unbesetzten Gebiet. (Hört, hört!) In den letzten zwei Jahren sei die Zahl der fremden Familien, die trotz der Räumung einzelner Teile des besetzten Gebietes untergebracht werden mußten, noch beträchtlich gewachsen. Es gebe noch 3000 beschlagnahmte Wohnungen, für die noch kein Ersatz geleistet sei. Das Mindestmaß dessen, was gefordert werden müsse, sei, daß für die beschlagnahmten Wohnungen Ersatz geleistet werde.

Die Entschliessung wurde debattelos angenommen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung liegt ein vom Haushaltsausschuss beschlossener Gesetzentwurf über eine

Änderung des Befoldungsgesetzes

vor. Danach sollen vom 1. April 1925 ab bis auf weiteres 95 Proz. des Wohnungsgeldzuschusses gezahlt werden. Die für den Monat April nachzuzahlenden Beträge sollen im Mai ausgezahlt werden. Der Ausschuss legt ferner eine Entschliessung vor, die Reichsregierung zu ersuchen, mit tündischer Beschleunigung zu prüfen, ob und auf welcher Grundlage die Bezüge der Beamten eine Erhöhung erfahren können, und darüber dem Reichstag alsbald nach dem Zusammentritt zu berichten.

Abg. Bender (Soz.)

weist darauf hin, daß die Sozialdemokratische Fraktion im Ausschuss einen Antrag gestellt habe, wonach den Beamtengruppen I bis VI eine Erhöhung der Grundbezüge um 7 1/2 Proz. gewährt werden soll. Dagegen hätten sich sämtliche bürgerliche Parteien gewandt mit Ausnahme der Demokraten. Was den Millionen Beamten aus den unteren Gruppen geht als Notstandsmassnahme bewilligt werden solle, sei so gering, daß damit keine Zufriedenheit hervorgerufen werde. Seit dem Juni vorigen Jahres sei die Teuerung außerordentlich gewachsen, im Dezember habe man den Beamten nur 12 Proz. bewilligt, so daß gegenüber der Teuerung noch eine Differenz von 15 Prozent bestehe. Es habe den Anschein, als ob die bürgerlichen Parteien ihre Versprechungen vom Dezember vergessen hätten. Nach amtlichen Feststellungen beständen sich die Beamten der unteren Gruppen in einer außerordentlichen Notlage und schon im Januar hat das Finanzministerium angekündigt, daß etwas dagegen geschoben solle. Jetzt haben wir April und nunmehr sollen die Beamten wieder auf später verzögert werden. Es scheint, als ob man den Beamten nur über die Präsidentenwahlen hinaus eine „weiße Salbe“ geben und sie damit täuschen wolle. Was man den Beamten hier gebe, sei ein Hohn. Die Sozialdemokratie werde jedenfalls nicht veräumen, bei der kommenden Wahl die Beamten darüber aufzuklären. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Butterbrot.

Von Käthe Stambler.

Der alte Mann, der auf der mittelften Bank in den kümmerlich angeordneten Parkanlagen saß und Figuren in den Sand zeichnete, bückte sich nun, auf seinen Stock gestützt, mit sichtbarer Anstrengung und hob einen in Fettpapier gehüllten Gegenstand auf.

„Sie haben dieses verloren!“ — wandte er sich an den jüngeren Menschen, der am anderen Ende der Bank seine Beine weit von sich streckte, seine Zeitung studierte und bei der unermüdeten Anrede überausch aufblickte.

„Ueberflüssiges Brot!“ antwortete dieser mit wegwerfender Gestik. „Lassen Sie liegen, vielleicht frißt es ein Hund.“ Er vertiefte sich wieder in seine Zeitung, während der andere stillschweigend die Schnitten neben sich auf die Bank legte. Aber die Hand des Greises, die das Brot berührt hatte, zitterte leicht, und über seine zerfalterten Wangen huschte fliegende Röte. Er schien einer der vielen Altersrenner zu sein, die zu jeder Jahreszeit während des Mittags die Bänke im Freien aufsuchen, um ihren morschen Knochen für ein paar Stunden Sonne zu gönnen. Obgleich seine abgetragenen Kleider von Armut und das zerfallende Gebälk seines Körpers vom Alter gezeichnet waren, trug sein Gesicht, wie Kulnen, immer noch die Andeutung des ganzen Gebäudes, etwas von jener Würde der Ehrbarkeit, die früher vielleicht den Stolz der Persönlichkeit ausmachte. Der Alte betrachtete lange nachdenklich den Mann hinter der Zeitung. Dann streifte er mit einem vergrübelten Blick das Päckchen, erhob sich und ging langsam, mit schleppenden Schritten, um das Rondell in der Mitte des Parkes. Manchmal stieß er, erregt innehaltend im Gehen, mit dem Stock auf die Erde.

„Eine Schande“, sprach er halb laut ins Beere, „das schöne Brot! — Ich hätte es gerne gegessen. . . Vielleicht frißt es ein Hund!“ Kerosin lachte er auf und suchte mit seinen kurzschichtigen Blicken zu erforschen, ob das Päckchen noch unberührt auf der Bank lag. Als er das erste Mal um das Rondell herum war und die Bank wieder erreicht hatte, überwand er ein Zögern, ehe er den zweiten Rundgang begann.

„Warum soll ich's nicht essen?“ — murmelte er wieder — „Man wirft doch das Brot nicht so fort!“ — Aber der junge Mensch konnte denken. . . Schweigend schritt er weiter, bis er die Bank wieder erreichte. Unverändert die Gruppe: der junge Mann als Hindernis noch immer neben den Schnitten. Doch der schlaue Alte setzte sich mehr in die Mitte, so daß er mit seinem Körper, wenn er sich vorbeugte, das Päckchen verdeckte. So sah er nun, immer noch grübelnd, und bewachte das Brot.

Allmählich wurden seine müden Züge von einem Lächeln verklärt. Ein Entschluß schien zu reifen. Es war für die frühe Jahreszeit außerordentlich mild. Der junge Mann hatte seine Zeitung zusammengefaltet und las einen Roman. Er würde vielleicht

vor der Dämmerung den Park nicht verlassen. Bei diesem Gedanken flackte der Alte mit den Augen das Päckchen, schob seine Hand, die er leicht auf der Bank gestützt hatte, vorsichtig vorwärts in der Richtung der Schnitten, rückte ein wenig nach, bückte sich, wie um seine Figuren im Sand zu betrachten und verberg, ein Knistern vernehmend, den eroberten Schatz in die Tasche. Mit einem prüfenden Blick auf den Anderen erhob er sich dann und bewegte sich schmerzhaft davon.

Mit einem vermisstem Lächeln zog er das Brot aus der Tasche, betrachtete eingehend das saubere, fettdicke Papier und sicherte, während er langsam den Umschlag enisernete, übermütig wie ein flaumbärtiger Jüngling:

„Gar nichts hat er gemerkt, gar nichts! Und jetzt wird er sich wundern, daß das Paket nicht mehr da liegt!“

Wedekind im Revuestil.

Es war immer die Klage Wedekinds, daß seine Dramen nicht die zutreffende Darstellung fanden, daß seine Sehnsucht nach dem eigenen Bühnensitz nicht verwirklicht wurde. Inzwischen ist mancherlei geschehen, um Wedekinds Forderungen zu allgemeinen zu machen. Der Expressionismus des Theaters von heute hat nachträglich auch einen neuen Wedekindstil ermöglicht. Aber erst ein Gastspiel des Wiener Deutschen Volkstheaters, das im „Theater in der Königgräzer Straße“ vor sich geht, hat die letzte Konsequenz gezogen. Sein Regisseur Karl Heinz Martin hat alles das zusammengefaßt, was an Russen und Deutsche an neuen Regieleistungen versucht haben, und dem Wedekind zu einem Theaterausdruck verholfen, der nicht mehr zu überbieten ist. Die Bühne hat nur noch eine Wendeltreppe und eine breite Stufenstufe, die zu Stockwerkhöhe führte und unter sich ein leeres Gerüst und Raum für puppenstudenartige Einbauten freiließ. Das Regieexperiment wurde vollzogen an „Frangiska“, dieser Faustparodie, die einen vorbildlichen Faust durch die Wedekindschen Höhen und Tiefen des Lebens führt, sie die Erlebens- und Freiheitsmöglichkeiten des Mannes auslotet und — o Hohn — als brave Familienmutter enden läßt. Die vielversprechenden Tendenzen des „Mysteriums“ wurden unter der Begleitung der im Hintergrund der Bühne in einem lustigen Gitterkäfig postierten Jazzband natürlich vielfach überboten. Aber dafür wurde ein rasendes Theater lebendig. Die Monologe wurden zu Trompetenstößen, der zweite Akt, der in einem Berliner Weinhaus spielt, war eine Revueorgie mit Nachtanzerei und wahrem Herynabbath, in dem der Revueversuch eine Selbstverständlichkeit wurde. Wedekind gab nur noch die Stichworte an. Seine Predigt von Nothdankstille konnte hier und im Festspiel nicht würdiger genommen werden. Mußt, Schauspiel und Tanz — alles hatte eben einen Rhythmus des toll gewordenen Theaters. Tilla Durieux war die Frangiska, blendend in der virtuosenhaften Bieselhaftigkeit der Erziehung, der Stimme, des Minenspiel. Bald zur Säule erstarrt, die unbewegte Wedekinds Parodie verkündet, bald zur großen Komödiantengeste aufgereckt, wenn sie die Helena meistert, und zum Schluß Idyll aus der Gartenlaube. Ihr zur Seite Hugo Berner-Kahle, der moderne Mephisto,

Sternenlenker und Versicherungsagent in einem, ganz im Geiste (und in der Raute) Wedekinds: halb vertiegener Apostel, halb Glücksritter, und in all sein Aspirationen immer betrogen. Eine fülle charakteristischer Gestalten umgab die beiden Hauptgestalten: Hubert von Renerind (der schwärmende Herzog), Hans Hermann-Schaufuß (ein Rabinestück eines wackigen Lebegreises), Karl Forest (als Schriftstellerbohmen), Fritz Kamper (als bawarischer Waser). Die schöne Marianne Kupfer war ganz nach Holdheit, Ellen Kohrer das läche Weibchen Mausl, wie sie Wedekind vorzeichnet. — Die Parodie-Groteske mit untergelegtem Bedenklichem legt wird für Berlin W. zweifellos obligatorisch werden. Aber wer baut den Zuschauerraum so um, daß das Publikum endlich aktiven Anteil nehmen und den Rhythmus der Bühne mitbestimmen kann? —

Park-Frühling. Er folgte dem milden Winter schon im Februar, aber der rauhe März warf ihn um Wochen zurück. Ein Gang ins Freie zeigte Sträucher mit Blättern, die sich zu früh halten vorzuden lassen und die nun, wie verbrannt, dem Froste erliegen waren. In dem wärmeren Dunsstreffs Berlins war den früh einsetzenden Knospen die Vorwichtigkeit nicht so übel bekommen, und der Frühling, der in Gestalt von Schneeglöckchen, Hyazinthen und Narzissen (Nitzerglöden) bisher eine Angelegenheit der Blumenbaukunst und des Straßenhandels war, beginnt in Anlagen und Parks sich unter grünen Säulern zu entfalten und Blüten zu erschließen.

Was hier aber überall zuerst die Blicke auf sich zieht, ist ein Strauch, der seine goldgelben Blüten den Blättern vorausschickt. Unbehindert durch die noch in der Knospe schummernden Blätter leuchten die Blüten weit hin — und dieser Strauch, den man überall findet, ist so der eigentliche Frühlingssbote der Großstadt geworden, obwohl er unserem Boden fremd ist und aus China und Japan stammt. Nach einem englischen Botaniker heißt er Forsythia, aber nun hat er sich auch einen deutschen Volksnamen erworben: Goldweide. Der Name ist passend, nach der Farbe der Blüten, nach der Form der Blätter und nach dem Wuchs des Strauches, der aber mit unseren Weiden sonst in keinerlei verwandtschaftlichen Beziehungen steht. Vielmehr gehört die Goldweide, obwohl man es ihr nicht ansieht, nach dem Bau ihrer Blüten und Früchte in jene Pflanzenfamilie, der auch unser Flieder, Uguisier, unsere Eiche und die südlische Olive angehört. Die Gattung der Goldweide gehört im wesentlichen, wie erwähnt, dem fernen Osten an. Es war eine große Liebererforschung für die Botaniker, als während des Krieges auf der Balkanhalbinsel ein bis dahin unbekannter europäischer Vertreter der gleichen Gattung entdeckt und der schwierigen Wissenschaft von der Verbreitung der Pflanzen ein neues Rätsel aufgegeben wurde.

Wir aber lassen Rästel Rästel sein und freuen uns des Frühlings, der nun endlich seine goldgelben Fahnen im Sonnenschein flagen läßt.

Gesellschaftungen der Woche. Mittw. Die Komödie: „Der sprechende Aker.“ — Sonnab. Lesung: „Selava Borgia.“ Renaisance: „Das romantische Alter.“ Neues Theater am Zoo: „Dada.“

Zu der Volksbühne beginnen die Wiederholungen von „Schafepaß“ „O a met“ am Sonntag und Dienstag, sowie alle folgenden Aufführungen bereits um 7 Uhr.

Die „Veröffentlichungen der Märchen-Gesellschaft“ bleiben in der Staatlichen Kunstbibliothek, Prinz-Albrecht-Str. 7a, bis zum 15. April ausgestellt.

Kampf um die Vermögensausgleichsteuer.
Verschiebung der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag — eine Denkschrift wird gewünscht.

Im Aufwertungsausschuss des Reichstags stand gestern der sozialdemokratische Antrag zur Beratung, wonach die Regierung zur Beschaffung von Mitteln für die Aufwertung der öffentlichen Anteile einen Gesetzentwurf vorlegen soll, durch den die in der Kriegs- und Nachkriegszeit neu entstandenen, gewonnenen oder nicht wesentlich verminderten Vermögen, mit Ausnahme der kleineren, einer Sonderbesteuerung unterworfen werden. Zur Begründung des Antrags führte Genosse Reil aus:

Ein Steuergesetz, das die Regierung in Vorbereitung, keines dieser Gesetze erweide in der Bevölkerung Begeisterung. Aber das Gesetz fehlt, das von den weitesten Kreisen der Bevölkerung verlangt werde: das Gesetz über die steuerliche Erfassung der Inflationsgewinne. Die Regierung wolle sogar die schwache Vermögenszuwachssteuer, die noch zu Recht besteht, aufheben! Kein Steuergedanke sei populärer als der, die Inflationsgewinnsteuer zu beseitigen. Schon in den Kriegsjahren, als man an einen so furchtbaren Vermögensverlust und an eine so beispiellose Vermögensentziehung, wie wir sie jetzt erleben, noch nicht dachte, habe der Gedanke allgemein Anhang gefunden, daß niemand aus der Zeit der Kriegsnot reich hervorgehen soll, als er vorher gewesen. Um wieviel berechtigt sei dieser Gedanke heute, nachdem Millionen deutscher Volksgenossen der völligen Verarmung und dem Hunger preisgegeben sind. Gewiß könne man nicht die ganze soziale Umwälzung rückgängig machen, die der Vermögensverlust hervorgerufen habe. Wenn aber eine kleine Minderheit auf Kosten der verarmten Volksmassen sich bereichert habe, dann sei der steuerliche Zugriff zu dem Zweck, den enteigneten Staatsgläubigern wenigstens eine Teilentschädigung zu geben, eine moralische Selbstverständlichkeit. Auch wirtschaftlich sei eine Besteuerung der Inflationsgewinne sehr wohl tragbar. Selbst wenn beispielsweise die Industriebetriebe bei der Aufwertung mit den Hypotheken gleich behandelt würden, was geschehen müsse, so bleibe doch Raum genug für eine Sondersteuer. Die Gewinnrate sei heute größer als je und auch die Kosten, die der Wertschöpfungsindustrie auferlegt, seien schon wieder in die Preise einfließen. Die Großlandwirtschaft, die sich von ihren Hypotheken befreit habe, werde mindestens dieselbe Rente ab, wie vor dem Kriege. Auch der Gedanke der reichsgesellschaftlichen Wiedereinführung einer Wertzuwachssteuer werde jetzt aktuell infolge der Inflationsergebnisse, die an Objekten erzielt werden, die in der Inflationszeit erworben wurden. Hier kämen vielfach Ausländer in Betracht, die vor zwei, drei Jahren in Deutschland Häuser gekauft haben und sie jetzt um einen vielfach höheren Preis wieder verkaufen. Diese ausländischen Inflationsgewinnler können nur mit der Wertzuwachssteuer getroffen werden. Nach der monatelangen Barma-Hetze bilde sich hier jetzt die Gelegenheit, der ganzen Kategorie der „Barmanis“ durch die Tat zu Leibe zu gehen und die erlassenen Gewinne für den Staat zurückzufordern. Daß manche Träger angesehenen Namen zu dieser Kategorie gehören, dürfe vor der Beschlussfassung nicht zurückreden. Mit der Zustimmung zum Prinzip des Antrags sei nichts getan, es müsse sofort von der Regierung die Vorbereitung zur gesetzgeberischen Ausgestaltung getroffen werden.

In der Debatte bekanteten sich, wie früher schon, alle Redner zu dem Grundgedanken des Antrags, den sie als „gesund“, „gerecht“ und „selbstverständlich“ bezeichneten. Und doch stimmte schließlich außer den Sozialdemokraten und Kommunisten kein Mitglied des Ausschusses für die sofortige Annahme.

Abg. Eminger von der Bayerischen Volkspartei meinte, es eile gar nicht mit der Sache. Man solle erst die regulären Steuern machen und dann, vielleicht in einigen Jahren, dem an sich richtigen Gedanken des sozialdemokratischen Antrags näher treten. Die Erörterung gehöre übrigens in den Steueraussschuß und nicht in den Aufwertungsausschuß. Es sei auch erst die technische Durchführbarkeit und die Ergiebigkeit des Steuergedankens zu prüfen. Dieser Abgeordnete stellte daher den Antrag, von der Regierung eine — Denkschrift zu verlangen über die Durchführbarkeit der in der 3. Steuernotverordnung vorgesehenen Inflationssteuer sowie einer etwaigen Inflationssteuer auf Gewinne bei Grundstücksveräußerungen und über die im sozialdemokratischen Antrag gewünschte Vermögensausgleichs- und Vermögenszuwachssteuer.

Diesen Antrag schlossen sich die Vertreter des Zentrums Dr. Scheffer, der Deutschen Volkspartei Gildemeister und der Deutschnationalen Dr. Herrgott an. Der deutschnationale Redner erklärte aber sofort, daß seine Fraktion für eine besondere Besteuerung des erhalten gebliebenen Sachwertbesitzes nicht zu haben sein werde.

Der Demokrat v. Kricheldorf erklärte sich nachdrücklich für die Verwirklichung des sozialdemokratischen Vorschlags, die an technischen Schwierigkeiten nicht scheitern dürfe.

Abgeordneter Dr. Herrgott (Soz.) führte den Vorrednern schließlich zu Gemüte, daß man immer dann auf den Ausweg der Denkschrift verfallen, wenn man sich in peinlicher Situation befindet; aber damit werde die Sache nur verschleppt. Wenn der Ablauf der 3. Steuernotverordnung (30. Juni) eingehalten werden solle, dürfe keine Zeit verloren werden. Aus dem Widerspruch Herrgotts gegen die Besteuerung der erhalten gebliebenen Substanz ergab sich auch die Ablehnung der Besteuerung des erkrankelten landwirtschaftlichen Grundbesitzes. Das sei aber für die Sozialdemokratie einer der Kardinalpunkte. Mit welchem Recht besteuere man den entschuldeten städtischen Grundbesitz, wenn man den ländlichen freilassen wollte?

Darauf wurde der Antrag Emingers gegen die Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen und weiter beschlossen, den Antrag Reil gemeinschaftlich mit der Denkschrift wieder auf die Tagesordnung der ersten Ausschusssitzung nach Ostern, die gemeinschaftlich mit dem Steueraussschuß stattfinden soll, zu setzen.

Deutsch-Osterreichischer Anschluß.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ gegen Venedig.

Wien, 3. April. (WZ.) Die Erklärungen des tschechischen Außenministers Venedig gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland veranlaßten die „Arbeiterzeitung“, darauf hinzuweisen, daß gerade Venedig während der Kriegszeit das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht jedes, auch des kleinsten Volkes, verteidigte, während er jetzt die Vereinigung der Deutschen mit Österreich im Reich durch doppelte und dreifache Verträge einer Koalition von Staaten verhindern wolle. Hierzu erklärt das Blatt, daß der Anschluß nicht möglich ist, so lange die Machtverhältnisse in Europa keine wesentliche Veränderung erfahren, weshalb in Deutsch-Osterreich und in Deutschland jedes Kind und niemand denkt daran, diese Machtverhältnisse durch Gewalt und Krieg zu ändern. Aber selbst die Friedensverträge von Versailles und St. Germain lassen es zu, daß der Völkervertrag durch einstimmigen Beschluß Deutsch-Osterreich die Heimkehr zum deutschen Mutterlande zeige.

Sinkende Eichen.

Berlin hat in letzter Zeit öfter von großen Volksparkprojekten gehört, die den Großstadtmenschen in nicht allzuweiter Entfernung vom Kern der Stadt ein Stück der menschlichen Kunst verschönerte Natur und eine für die Volksgesundheit dringend notwendige Sauerstoffquelle bringen sollen. Die Notwendigkeit solcher Projekte wird niemand bestreiten können, denn das Berlin der letzten Jahrzehnte hat wenig für solche Lungen der Großstadt getan. Im Gegenteil, von dem durch den Zwangsverband für Millionen erworbenen „Dauerwald“ sind sogar noch in den letzten Jahren unter stiller Duldung der Behörden große Teile abgeholt, besser gesagt, verwüdet worden. Die Entastungs- und Entastungsarbeiten der Bevölkerung und die Mahnrufe der Wissenschaftler sind ungehört verhallt. Das Verhängnis hat seinen Lauf genommen. Unersehliche, teilweise hundertjährige Bestände, der berechtigteste Stolz der betreffenden Bezirke sind hemmungslos binnen wenigen Tagen der Art der Häbiger zum Opfer gefallen.

Neuerdings spielt sich das gleiche Schauspiel im Südosten Berlins, in der Wuhlheide, ab. Dort wird nach großzügigen Plänen ein weiterer Volkspark geschaffen, der als Verlängerung des Trepptower Parkes betrachtet werden darf und den Berlinerinnen Gelegenheit bieten soll, vom Schlessischen Busch durch den Trepptower Park bis nach Köpenick im Grünen zu wandern. Man sollte nun glauben, daß eine weitsichtige und praktisch veranlagte Stadtverwaltung mit allen Mitteln darauf bedacht wäre, möglichst jeden einzelnen der dortigen Eichenriesen zu erhalten, über die Jahrhunderte dahingeraucht sind, die nach dem Eichen und dem Wildschwein gesehen haben. Statt dessen folgt die Berliner Forstverwaltung mit einer geradezu unheimlichen Geschwindigkeit die letzten Bestände des großen Eichenbestandes zwischen dem Wasserwerk Karkhof und dem Elisabethhospital nieder.

Die Bevölkerung sieht mit zunehmender Erbitterung diesen Vernichtungswahn und empfindet es als bitteren Hohn, daß man neuerdings den Versuch macht, die entschwindende Frucht durch Nachpflanzungen aus der Baumschule des Bezirksamts Trepptower zu ersetzen, die mehrere Menschenalter brauchen, um auch nur annähernd einen so majestätischen Eindruck zu erzielen, wie der bisherige Bestand umsonst und mühselos bot. Man erzählt sich sogar in eingeweihten Kreisen, daß alle Bemühungen der Parkverwaltung, die Wuhlheide in eigene Regie zu bekommen, an dem Starrsinn der Forstverwaltung gescheitert sind; Vernunft wird Unfuss, Wohlstand Plagel. Es scheint so, als wenn erst der letzte Baum in Geld umgemünzt werden soll, ehe die Uebertragung erfolgt. Dann wird die Parkverwaltung vor einer eben, sandigen Steppe stehen, deren Umwandlung in einen wirklichen Volkspark kaum mehr möglich sein dürfte.

Wann wird diesem offiziellen Baumkreisel ein Ende bereitet werden? Man komme nicht mit der Aueroede, daß viele der alten Eichen infolge Senkung des Grundwasserpiegels durch das Karkhofsee Wasserwerk dem Untergang geweiht seien und daher noch schnell zu Geld gemacht werden müßten. Kompatible Fachleute haben erklärt, daß zahlreiche Bäume bereits anfangen, sich wieder zu erholen und daß es nur nötig sei, sie sachgemäß zu köpfen, um einen neuen starken Austrieb hervorzubringen. Wegen der Entfernung wirklich absterbender Exemplare wird kein Vernünftiger etwas einzuwenden haben. Aber wenn man sogar die von der Parkverwaltung als unentbehrlich bezeichneten Standbäume fällt und dadurch den Gesamtkarakter der Planung stört, dann kann man wohl nur von Unverständnis reden. Ingridimmig mag man dabei an die Parodie denken: Wer hat dich, du schöner Wald, aufgebaut und dann verschoben?

Hallensportfest der Arbeitersportler.

Die Gewerkschaftskommission fordert zur regen Teilnahme auf.

Der Kariellverband Groß-Berlin für Sport- und Körperpflege veranstaltet am morgigen Sonntag, den 5. April, ab 3 Uhr nachmittags, ein Hallensportfest im Sportplatz, Potsdamer Straße 72. Das Fest führt alle Zweige des Arbeitersports vor und soll dem Arbeitersport neue Freunde zuführen. Der Arbeitersport hat sich erfreulich entwickelt. Diese Entwicklung ist umso mehr zu begrüßen, als er nicht der Heranbildung einzelner Großen dient, sondern sich einzufügen in das Gesamtbild der Arbeiterbewegung bemüht. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend fordert die Arbeiter Berlins zur regen Teilnahme an dem Hallensportfest auf.

Der Berliner Rundfunk-Großsender.

Der Berliner Rundfunk-Großsender geht in dem Hause der Funkindustrie am Kaiserdamm in Charlottenburg seiner Bollendungen entgegen und wird in diesen Tagen die ersten Sendeveruche unternehmen. Der von der Telefunken-Gesellschaft Berlin erbaute Sender — der allen Besuchern der Funkmesse im Dezember 1924 bereits bekannt sein dürfte — wird eine mittlere Telephonleistung von etwa 2 Kilowatt im Antennentriebs haben, das bedeutet, er wird in der Leistung etwa zehnmal so stark sein als die heutigen deutschen Rundfunksender. Die Sendeanenne ist als fahrbare T-Antenne von dem im Ausbau befindlichen 120 Meter hohen Funkturm zu einem 50 Meter Mastmast gespannt. Die Steuerung erfolgt nach der Telefunkenmethode der Gittergleichstrommodulation, deren einwandfreies und hochökonomisches Arbeiten auch bei dem an Telefunken vergebenen Bau des Wiener Rundfunk-Großsenders — der 5 Kilowatt mittlere Telephonleistung besitzen wird — ausschlaggebend gewesen ist. Der Strombedarf des Berliner Senders wird dem höchsten Kraftverkonsumt werden, als Reserve ist in den Kellerräumen des Funkmehshauses ein 50-PS-Einspeisender-Dieselmotor aufgestellt. Die Beschaffung des Senders wird — wie die aller anderen Berliner Sender — vom Posthaus erfolgen. Dem Ausbau des Berliner Großsenders wird die ebenfalls an Telefunken vergebene Lieferung des Hamburger Rundfunk-Großsenders in baldiger Zeit folgen.

Warum dürfen wir nicht bauen?

In diesen Tagen sind in Mahlsdorf im Bezirk Lichtenberg eine außerordentlich gut besuchte Siedlerversammlung statt, die ebenso wie die vor einiger Zeit in Grünau und Zehlendorf abgehaltenen Siedlerversammlungen für ihre Bezirke eine große Menge begründeter Beschwerden gegen die Baubureausräte des Bezirks Lichtenberg der erstauant aufhorchenden Deffenlichkeit unterbreiten konnte. Nichtwürgende wies die eingeladenen Behörden zu der Versammlung keine Vertreter entsand. In den Reihen kam folgendes zum Ausdruck: Jeder Wohnungswirtschaft zum Hohn wurde im Sommer 1924 das Bauen von Wohnlauben verboten. Die Errichtung von Gebäuden außerhalb der 200-Meter-Grenze ist ohnehin nach den Richtlinien des Magistrats vom 29. März 1922 verboten. Verschärfend hierzu verhalten sich die vom Bezirksamt Lichtenberg erlassenen Grundbesitz zu diesen Richtlinien, welche die Errichtung eines Gebäudes selbst innerhalb dieser 200-Meter-Grenze nur unter gewissen Voraussetzungen zulassen. Diese Richtlinien in Verbindung mit den Grundbesitz sind in der Hand der Verwaltung ein bewegliches Instrument, um jegliche Baukunst zum Stillstand zu bringen. Schon mehren sich die Anzeichen, daß unter den obwaltenden Umständen den Kolonisten die Freude an ihrer Scholle genommen wird und sie in die Arme der heuchlerischen Spekulation getrieben werden. Ganz anders das Verhalten der Stadt im Bezirk Neukölln. Dort stellt man Millionen zum An-

kauf weiterer Gändereien zur Verfügung. Mit der einstimmigen angenommenen Entschließung wurde die sofortige Aufhebung aller einschlägigen Bestimmungen zum Nutzen der Schaffung neuer Wohnraums gefordert. Gefordert wurde ferner die Schaffung neuer dem Gebiet sich anpassender Baubestimmungen und die Heranziehung von Vertretern aus den Kreisen der Interessenten bei der Beratung von Baugeschäften.

Unaufgeklärter Mord?

Einem Berliner Mörder will ein Amerikaner in New York auf der Spur sein. Wie er hierher mittelte, soll es sich um ein Verbrechen handeln, das schon im Jahre 1899 in Berlin verübt worden sei. Damals seien zwei junge Burichen in einem Kleiderladen eingedrungen, um zu stehlen, und hätten den alten Geschäftsinhaber mit einer Eisenstange niedergeschlagen und so schwer verletzt, daß er am nächsten Tage gestorben sei. Wer sich eines derartigen Verbrechens und des Totortes erinnert, wird ersticht, sich bei Kriminalkommissar Ziegler im Zimmer 99a des Polizeipräsidiums zu melden.

Fahnenweibe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Charlottenburg. Die Charlottenburger Kameradschaft des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold bezieht am kommenden Sonntag das Fest der Fahnenweibe. Aus diesem Anlaß findet ein größerer Aufmarsch einiger Berliner Kameradschaften statt und es werden der Vorsitzende des Bundes, Oberpräsident Hörning, sowie Reichstagsabgeordneter Kemmer und voraussichtlich auch der Reichstagspräsident Böbe eine Ansprache halten. Die Weibe der neuen Fahne findet gegen 2 Uhr auf der Reibbahn am Bahnhof Zoo statt, im Anschluß daran geht ein Umzug durch verschiedene Straßen Charlottenburgs vor sich.

Teuflische Folgen hatte eine Zurechtweisung, die einem zwölf Jahre alten Schüler Alfred W. zu Grünau von seinem Vater erteilt wurde, weil er sich namens genommen hatte. Der Vater schickte den Jungen zur Strafe auf den Wascheboden, wohn er auch ohne Widerstreben ging. Bald wurde es oben still. Als nun ein kleiner Bruder nach dem Boden ging, fand er Alfred erhängt auf. Er hatte an der Wascheleine eine Schlinge gemacht und den Kopf hineingesteckt. Die Eltern schnitten ihn ab und riefen scheinunglos einen Arzt. Aber der Junge war schon tot.

Die Justiz-Vorführung des Bezirksbildungsausschusses, die für Freitag, den 10. April (Karfreitag), abends 7 1/2 Uhr, im Thalia-Theater geplant war, kann nicht stattfinden, weil die polizeiliche Erlaubnis verweigert wurde.

Sprechsaal für Profiteure. Von den nächsten Tagen beinhalten neue Unterrichtsstunden für Anfänger und Vordereinteilte, für Kinder (Nachmittagsunterricht) und für Erwachsene (Abendunterricht) Umgebungen Mittwochs, den 1. und Donnerstag, den 2. April, von 4—5 Uhr nachmittags, bei Genossin Geb. W. 60, Epiphanystr. 16, Gartenhaus III. Die Anmeldung kann auch schriftlich erfolgen.

Explosionsunglück in einem Steinbruch.

2 Arbeiter tot, 2 schwer verletzt.

Freiburg i. Br., 3. April. (WZ.) In Malsburg bei Korbendorf im Markgräfler Land ereignete sich gestern nachmittags ein schwerer Unglücksfall. In dem Granitsteinbruch der Firma Gebrüder Thiele in Korbendorf wurden Sprengungen vorgenommen, und zwar sollte eine Felswand von etwa 18 Meter Höhe gesprengt werden. Bereits vor vollendeter Ladung scheint sich eine Sprengpatrone vorzeitig entzündet zu haben, wodurch der Sprengschuß losging und die oben auf der Wand stehenden Leute mit der Gesteinsmasse heruntergeschleudert wurden. Von den betreffenden Steinbrechern sind zwei noch im Laufe der Nacht ihren schweren Verletzungen erlegen, während zwei weitere schwer verletzt in der Klinik von Freiburg liegen. Die Untersuchung des Unglücks wurde vom Amtsgericht Mühlheim noch im Laufe des Nachmittags aufgenommen. Ueber das Ergebnis ist noch nichts bekannt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

23. Vgt. Achtung! Die männlichen Parteigenossen des 5. Bezirkes vernachlässigen beim Abend 5 Uhr im Schmalen Grenadierhaus, Friedrichstr. 59 (ehem. Saal), einen gemütlichen Abend. Bräutigam Genossen sind hierzu eingeladen. Karten sind nach am Sonntag zu haben.

24. Vgt. Berolina. Orts-Convenab. 7 Uhr. bei Runge, Bergstraße 21. Funktionärsversammlung. Die Bezirksleiter laden hierzu ein.

Sport.

Boxkampfabend im Sportpalast. Die gestrigen Boxkämpfe im Sportpalast nahmen einen ziemlich eintönigen Verlauf; auch war die Reifensarena nur mäßig besucht. Im Einleitungskampf legte der Schwede Kvist, der über die bessere Reichweite verfügt, über Graf Auterlinter waren die Fliegenarmut. Zwei ebenbürtige Gegner standen sich gegenüber, Harry Stein und der ehemalige Meister Köhler, beide glänzend in Form. Stein fiel durch seine unerschütterliche Ruhe und Ueberlegenheit angenehm auf, während Köhler sich durch große Angriffsfreudigkeit auszeichnete. Trotzdem kämpfte er gefaßt weiter, bis der Schiedsrichter zugunsten Steins den Kampf abbrach. Die übrigen Kämpfe brachten wenig Abwechslung. Der Regier-Korrespondent übertrafste durch außerordentliche Gewandtheit, so daß ihm der Student Haymann aus München nicht beikommen konnte. Der Kampf endigte schließlich mit einem Unentschieden. Obwohl unsere deutschen Boxer, auf die man die größten Hoffnungen gesetzt hatte, ein bißchen enttäuscht, ist dieser Abend kein verlorener gewesen.

Theater der Woche.

Vom 5. bis 14. April 1925.

Volksbühne: 7. u. 12. Samstag, 6. u. 8. Sonntag, 10. Geschehen. 11. Sühne und Jan. 11. Segel am Partisan. — **Opernhaus:** 5. Rigoletto. 6. Tannhäuser. 7. Die Jungfrau von Orléans. 8. Die Fledermaus. 9. Der Zigeunerbaron. 10. Die Schöne Helena. 11. Die Zigeuner. 12. Die Fledermaus. 13. Die Fledermaus. 14. Die Fledermaus. 15. Die Fledermaus. 16. Die Fledermaus. 17. Die Fledermaus. 18. Die Fledermaus. 19. Die Fledermaus. 20. Die Fledermaus. 21. Die Fledermaus. 22. Die Fledermaus. 23. Die Fledermaus. 24. Die Fledermaus. 25. Die Fledermaus. 26. Die Fledermaus. 27. Die Fledermaus. 28. Die Fledermaus. 29. Die Fledermaus. 30. Die Fledermaus. 31. Die Fledermaus. 32. Die Fledermaus. 33. Die Fledermaus. 34. Die Fledermaus. 35. Die Fledermaus. 36. Die Fledermaus. 37. Die Fledermaus. 38. Die Fledermaus. 39. Die Fledermaus. 40. Die Fledermaus. 41. Die Fledermaus. 42. Die Fledermaus. 43. Die Fledermaus. 44. Die Fledermaus. 45. Die Fledermaus. 46. Die Fledermaus. 47. Die Fledermaus. 48. Die Fledermaus. 49. Die Fledermaus. 50. Die Fledermaus. 51. Die Fledermaus. 52. Die Fledermaus. 53. Die Fledermaus. 54. Die Fledermaus. 55. Die Fledermaus. 56. Die Fledermaus. 57. Die Fledermaus. 58. Die Fledermaus. 59. Die Fledermaus. 60. Die Fledermaus. 61. Die Fledermaus. 62. Die Fledermaus. 63. Die Fledermaus. 64. Die Fledermaus. 65. Die Fledermaus. 66. Die Fledermaus. 67. Die Fledermaus. 68. Die Fledermaus. 69. Die Fledermaus. 70. Die Fledermaus. 71. Die Fledermaus. 72. Die Fledermaus. 73. Die Fledermaus. 74. Die Fledermaus. 75. Die Fledermaus. 76. Die Fledermaus. 77. Die Fledermaus. 78. Die Fledermaus. 79. Die Fledermaus. 80. Die Fledermaus. 81. Die Fledermaus. 82. Die Fledermaus. 83. Die Fledermaus. 84. Die Fledermaus. 85. Die Fledermaus. 86. Die Fledermaus. 87. Die Fledermaus. 88. Die Fledermaus. 89. Die Fledermaus. 90. Die Fledermaus. 91. Die Fledermaus. 92. Die Fledermaus. 93. Die Fledermaus. 94. Die Fledermaus. 95. Die Fledermaus. 96. Die Fledermaus. 97. Die Fledermaus. 98. Die Fledermaus. 99. Die Fledermaus. 100. Die Fledermaus.

Gewerkschaftsbewegung

Der Deutsche Landarbeiterverband im Kampf.

Der Deutsche Landarbeiterverband veröffentlicht den Bericht über die von ihm im Jahre 1924 geführten Lohnbewegungen. Hier- nach war es trotz der vielen unendlichen Schwierigkeiten, die der Gewerkschaftsarbeit gerade des Deutschen Landarbeiterverbandes jetzt auf dem platten Lande entgegenstehen, möglich, 27 neue Tarifverträge abzuschließen, 167 Tarifverträge zu erneuern und 272 Nachträge zu Tarifverträgen zu verein- baren.

Lohnbewegungen wurden 492 angemeldet. Von diesen konnten 483 ohne Arbeitseinstellung erledigt werden, ein Beweis dafür, daß die Organisation immer noch achtunggebietenden Einfluß besitzt. Streikbewegungen wurden nur in 9 Fällen geführt. Hierbei ist auch die große Streikbewegung mitgezählt, die im Frühjahr des Jahres 1924 in Ostpreußen tobte.

Bei den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung konnte für 2 347 400 Personen eine Erhöhung der Barlöhne von insgesamt 406 2808 M. pro Woche erzielt werden. Umgerechnet auf den Kopf macht das einen Betrag von rund 90 M. pro Jahr aus. Die Erfolge sind in den einzelnen Landesteilen sehr verschieden. Im Bericht wird ein Landesteil, dessen Name aus tatsächlichen Gründen nicht genannt wird, herausgegriffen und festge- stellt, daß dort folgende Barlohnerhöhungen erzielt werden konnten: Für die Deputanten pro Jahr und Kopf 203,51 M., für die Arbeiter- rinnen 153,47 M., für die ständigen Freiarbeiterinnen 87,47 M., für die Freiarbeiterinnen 203,51 M., für die jugendlichen männ- lichen Arbeiter ohne Kost und Wohnung im Alter von 14 bis 17 Jahren 133,98 M., für die jugendlichen weiblichen Arbeiterinnen ohne Kost und Wohnung im Alter von 14 bis 17 Jahren 128,72 M., für die männlichen Arbeiter in Kost und Wohnung (Knechte) 133,71 M. und für die Arbeiterinnen in Kost und Wohnung (Mägde) 45,78 M.

Bei den Bewegungen mit Arbeitseinstellung konnten für 4332 Beteiligte pro Woche 7509 M. als Erfolg gebucht werden. Die Verhandlungen über die Beendigung der Bewegungen wurden geführt in 21 Fällen direkt zwischen Arbeitgeber und Ar- beitnehmern, in 270 Fällen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer- organisation und in 201 Fällen unter Teilnahme von anderen Ver- mittlungsorganen, Schlichtungsausschüssen oder sonstigen tariflichen Instanzen.

An Unkosten verursachten die Lohnbewegungen dem Verband die Summe von 488 427,33 M. Hiervon entfallen auf Streikunter- stützung 227 314,85 M. An den Kämpfen anderer Verbände waren 65 Mitglieder beteiligt, für die eine Streikunterstützung von 3509,30 M. gezahlt wurde.

Mit diesen Feststellungen kann sich der Deutsche Landarbeiter- verband sehen lassen. Besonders der kommunistische Land- und Waldarbeiterverband sollte sie sich etwas genauer ansehen und dar- über nachdenken, wie weit sie sich mit dem ständigen Gerede, der Deutsche Landarbeiterverband leiste nichts für die Landarbeiter, ver- einbaren lassen.

Diese Bemerkungen hindern den Deutschen Landarbeiterverband nicht, einzugehen, daß trotzdem noch sehr viel getan werden muß. Noch immer stehen die landwirtschaftlichen Arbeit- nehmer mit den niedrigsten Löhnen und der längsten Ar- beitszeit da. Noch immer haben die Landarbeiter keine einiger-

maßen akzeptable Gleichstellung mit den Industriearbeitern. Mehr zu erreichen ist aber nur, wenn die Landarbeiter daran denken, der Organisation eine noch größere Stärke und Macht zu verleihen.

Streik in der Berliner Feilenindustrie.

Die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Feilen- arbeiter Groß-Berlins hatten von dem Deutschen Feilenverband eine Lohnerhöhung von 15 Proz. für alle Beschäftigten gefordert. Der Arbeitgeberverband wollte den Feilenschleifern einen Zuschlag von 5 Proz. und später vor dem Schlichtungsausschuß einen solchen von 10 Proz. gewähren. Alle anderen Arbeiter sollten wegen der augen- blicklichen schlechten Geschäftslage, die zum Teil durch die Preis- unterbietungen der Arbeitgeber unter sich selbst entstanden war, nicht berücksichtigt werden. Der Schlichtungsausschuß fällte einen Schiedspruch, nach dem alle Facharbeiter einen zehn- prozentigen Zuschlag erhalten sollten. Die Arbeiter nahmen den Schiedspruch an, die Arbeitgeber lehnten ihn ab. Um den Wirtschaftsfrieden in der Feilenindustrie nicht zu stören, hatte der D.M.A. den Schlichter von Groß-Berlin angerufen, der den Schiedspruch eventuell für verbindlich erklären sollte, was leider nicht geschah. Der Schlichter machte einen Vergleichs- vorschlag, den Schleifern 10 Proz., allen übrigen Facharbeitern 5 Proz. Zuschlag auf die Lohn- und Akkordpreise zu zahlen. Die Branchenversammlung, die sich am Freitag mit dieser Frage beschäftigte, lehnte trotz Empfehlung des Verbandsvorsetzers diesen Vergleichsvorschlag ab. Bei der Abstimmung, ob Arbeit oder Streik, entschieden sich die Versammelten für den Streik und beauftragten die Organisation, alle Schritte zu unter- nehmen, um die Forderungen der Arbeiter durchzusetzen.

Die Weher-Union beim Streikabwürgen.

Bei der Firma Flohr in der Chausseestraße hatte die Beleg- schaft, die zum überwiegenden Teil aus Anhängern der Union der Hand- und Kopiarbeiter besteht, eine Lohnerhöhung von 20 Prozent gefordert. Da die Direktion die Forderung ablehnte, wurde der Streik beschlossen und die Union beauftragt, mit der Firma zu verhandeln. Die Firma übertrug die Angelegenheit dem Verband Berliner Metallindustrieller. Dieser wies darauf hin, daß nur zwischen den Tarifkontrahenten, in diesem Falle also nur mit dem Deutschen Metallarbeiterverband verhandelt werden könne. Eine Betriebsversammlung stieß daher den „revolutionären“ Beschluß der Streikversammlung um und erklärte sich damit ein- verstanden, daß der Vertreter des Metallarbeiter- verbandes die Verhandlungen ausnehme. Inzwischen hatten bereits Verhandlungen mit dem Betriebsrat und der Firma statt- gefunden, die aber ergebnislos verlaufen waren. Bei den Ver- handlungen mit dem B.M.A. bettete der Obmann der Unionisten, Hein, die Unternehmer an, sie möchten doch wenigstens eine geringe Lohnzulage bewilligen, damit er sich für den Abbruch des Streiks bei seinen Kollegen einsetzen könne. Der B.M.A. nahm diese „revolutionäre“ Blöke sofort an und so kam bei der Verhandlung nichts heraus.

An einer folgenden Streikversammlung verlangten die Unionisten eine geheime Abstimmung darüber, ob der Streik fortgesetzt werden solle. Sie wollten ihn „abwürgen“. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes erklärte aber, daß die Union sich hier wieder einmal unradikal als der von ihr so ver- pönte Metallarbeiterverband zeige; er könne eine geheime Ab- stimmung nicht zulassen, solange sich die Streiklage nicht verändert

habe. Die Versammlung stimmte dieser Auffassung zu und beauf- tragte den Metallarbeiterverband in Gemeinschaft mit einer Verhandlungskommission, nochmals mit der Firma Rücksprache zu nehmen. Dabei ist es dann gelungen, für einzelne Gruppen Lohnerhöhungen von fünf Pfennigen für die Stunde herauszuholen und weiter die Zusage von der Firma zu erhalten, daß die schlechten Akkorde von der Firma aus- gebessert werden sollten. Mit diesem Verhandlungsergebnis erklärten sich die Streikenden einverstanden und nahmen nunmehr die Arbeit wieder auf.

Die „revolutionäre“ Taktik der Union der Hand- und Kopiarbeiter hat es in diesem Falle fertig gebracht, daß die Belegschaft von Flohr länger im Streik bleiben mußte, als es nötig war. Hoffentlich zieht die Belegschaft daraus die Lehre, daß für eine wirkliche Interessendvertretung nur die freien Gewerk- schaften in Frage kommen.

Der Hamburger Verkehrsstreik.

Hamburg, 4. April. (W.B.) Die gestrigen Verhandlungen im Verkehrsstreik, die zwischen dem Vertreter des Reichsarbeitsministe- riums, Oberregierungsrat Bauer und den Streikenden der Ham- burger Hochbahn A.G. geführt wurden, sind nach fünfständiger Dauer ergebnislos abgebrochen worden. Die Beratungen sollen jedoch heute fortgesetzt werden.

Zechenstilllegungen im Ruhrgebiet.

Auf Antrag der Zechenverwaltung von Schürbank und Chor- lottenhof in Kuppeldreh wird am Montag vor dem Demobilis- ationskommissar wegen Stilllegung dieser Zechen verhandelt. Auf diesen Zechen sind augenblicklich rund 700 Mann beschäftigt. 100 Arbeiter sind bereits in den letzten Monaten entlassen worden. Die Zeche „Karoline“ in Holzwickede hat die Entlassung von 150 Mann beantragt, die ebenfalls wegen der angeblich schlechten Lage nicht mehr beschäftigt werden können. Am 8. April wird über die Stilllegung der Zeche „Johannesjean“ verhandelt.

Durch Abblagmangel und die letzte Lohnerhöhung (!) sei die Lage der Zechen unhaltbar geworden. Es ist ein übles Spiel, das hier mit Arbeiterrezistenzen getrieben wird, zumal nie genau ersichtlich ist, wie weit eine bestimmte Unternehmerpolitik dabei geht und inwieweit eine Unrentabilität tatsächlich besteht. Die Gesamtheit der großen Zechen wäre sehr wohl in der Lage, effizientere mit über Wasser zu halten.

Streikzusammenbruch in Mährisch-Ostrau.

Aus Mährisch-Ostrau meldet W.B.: Der Streik in den metal- lurgischen und chemischen Betrieben ist im Zusammenbrechen. Nur in den östlichen Revierteilen streikt bei einigen Betrieben heute noch eine geringe Zahl der Arbeiter.

In den noch betroffenen Betrieben wurde gestern eine Kund- machung veröffentlicht, in der die Streikenden aufgefordert werden, sich am Montag, den 6. April zur Arbeit einzufinden, widrigenfalls sie sich als entlassen anzusehen haben.

Der Streik war von kommunistischer Seite gegen den Willen der Gewerkschaften als Generallstreik inszeniert worden.

Verantwortlich für Text: Graf Reuter; Wirtschaft: Erikus Göttermann; Gewerkschaftsbewegung: Reichel; Ostera: Feinleiten; Dr. John Schmalz; Lokales und Sonstiges: Fritz Roschütz; Auszüge: Th. Glade; Familien in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin o. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Extra preiswerte Osterangebote!

Putz

- Lisereformen schwarz und braun 3.90 **2.95**
- Jugendl. Trotteurhut aus Liseregeflecht, mit br. Bandgarnitur **4.90**
- Fescher Hut aus Crêpe marocaine, nur glänzendem Strohkopf **5.90**
- Moderne Strohform aufgeschlagene mit hübscher Blumen- und Bandgarnitur **6.90**
- Flotter Liserehut mit schillernden Blumen- und Bandgarnitur **7.50**
- Fescher Frauenhut aus Liseregeflecht, mit Reifer und Crêpe marocaine garniert **9.50**
- Stangenreihler schw. u. weiß, 35cm lg., Stiel **0.95**
- Kronenreihler schwarz weiß, br. mode, 12teil. **5.50**
- Hutblumen Piquet 12teilig **0.48**
- 3teilig. Sammetblüten in vielen modernen Farben **0.68**

Damen-Konfektion

- Mantel aus Strichovercoat i. d. beliebten Horrenform **14.75**
- Mantel a. reinw. Tuch, zweifig. lescche Gärtelform **29.50**
- Kostüm a. granfar Donegalstoff lescche Sportform **16.50**
- Kostüm a. Mouliné, Jadic ganz auf Duchesse **69.50**
- Kleid aus reinwollnem Stoff, bunt bestickt **14.75**
- Kleid aus Rips od. Gabardine, in der modernsten Machart **19.75**
- Kinderkleid a. apart. Schottm Größe 60 **4.95**
- Kindermäntel aus Donegalst lech. Sportirm. **7.90**

Knaben-Mäntel und Pyjaks
Größe 0 **25.10** 10.50 **15.00**
jede weitere Größe **0.75-1.-**

Herren-Konfektion

- Jackett-Anzüge in vielen Farben u. Mustern, guter Sitz 75.-, 62.-, 48.- **36.00**
- Sportanzüge in gemustert. Stoffen, mit langer und Brecheshose 105.-, 95.-, auch in Manchester und Lodenstoffen 48.-, 38.- **31.50**
- Frühjahrs-Mäntel 1 u. 2reih. moderne Machart, neueste Musterung, 105.-, 85.-, 53.- **40.00**
- Gummi-Mäntel mit ohne Stoffüberzug gute Gummierung, 45.-, 38.50, 24.-, imprägniert, feste Qualität. 16.50, 14.95 **19.50**
- Windjacken, feste Qualität. 16.50, 14.95 **12.50**
- Hosen, auch Bancgrößen, aparte Streifen, gute Stoffe, 21.-, 17.50, 12.50 bis **5.00**
- Knabenanzüge in Sport- u. Schlupf- form, Größe 0 18.-, 14.50, jede weitere Größe 1.- mehr **8.25**
- Spezial-Kieleranzug für 3 Jahre jede weitere Größe 1.- mehr **21.50**

Schuhwaren

- Halbschuhe für Damen Schnür und Spange, gute Leder- ausführung, braun Rindbox **12.50**
- Damen-Schnürschuhe braun Boxcall, echt randgenäht **14.50**
- Damen-Lack-Spangenschuhe Knöchelspange mit grau Nubuck-Verzierung 15.75, ohne Verzierung **14.90**
- Herren-Schnürstiefel braun Boxcall, echt randgenäht, spitze Form, besonders billig **13.50**
- Herren-Halbschuhe braun Boxcall mit grauen und braunen Nubuck-Einsätzen **17.75** **16.75**
- Kinder-Lackschuhe sam. Schnüren, Größe 27/30 **9.50** **8.90**
- Kinder-Spangenschuhe braun, pa. Leder ausf., Größe 31/35 **8.50** **7.50**
- Haferschuhe braun Rindbox schön. Ausf. für Damen **12.50**

H. JOSEPH & Co., NEUKÖLLN BERLINER STRASSE 51-55.

Reste-Haus
C. Pelz
Hottbuser Straße 5
Tel. 1002 1892

Stoffe für Herren-, Damen- u. Kinder-Garderob:

- Kammgarn 120/140 cm M. 6.00 an
- Cheviot 3.25
- Gabardine 5.75
- Moulinet 8.50
- Rips 7.00
- Ottoman 8.00

Seidenstoffe, Sammet, sowie sämtliche Futterstoffe zu den billigsten Preisen und großer Auswahl

Damen- u. Kinderkonfektion in allen, besonders Frauenkonf. in von der eintr. hist. bis zur elegantest. Ausführung

Wetter- u. Gummimäntel
Abonnenten dieser Zeitung 3/4

Speisezimmer
Eiche, 9 teilig
M. 385

Reichhaltiges Lager in jeder Größe und Ausführung

Paul Neugebauer u. m.
Charlottenburg,
Wilmerdorfer Str. 125, 1. Etage.
Ecke Schülerstraße. Kein Laden.

Unsere Geschäftsräume befinden sich

jetzt

Krupp-Rechner
Laptop-Rechner
Bellevue-Sir. 14.
Berlin W. 9.

Krupp Rechner Kassen
GESELLSCHAFT MIT BEI STAMMHAUS FRIED KRUPP AG ENEN

Gardinen
Sonderangebote - Gelegenheits-Käufe
in Resten
Stores, Bettdecken
Madrassen und Kissen
Special-Gardinenwerkstatt
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof.

Dezimalwagen
Tafelwagen, Gewichte, Billige Preise, Gutes Lager
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
Gis. Ladung
Keine Schaufenster-
Reklame, dafür we-
sentl. billigere Preise

**Berliner Elektriker-
Genossenschaft**
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
in Resten
Friedrich Westen, Wilmerdorfer
Landhausstr. 4 - Tel. Plötzberg 9631

Herstellung elektr. Licht-, Kraft-
und Signalanlagen - Verkauf aller
elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Korbmöbel
Eigene Herstellung
in gediegenen Aus-
führungen kauf Sie
bei gr. Auswahl vor-
teilhaft u. billig im
Spezial-Korbmöbelhaus
Edmund Voß
Buckhölz, Berliner Str. 14
Näherhermannplatz
Teleph. 100118, Zahlungsvereinfachung

Metallbetten
Stahlmattens-, Kinderbetten dir. an Priv.
Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Tabl

Ad. Zimmermann
Fornruf 83 Steglitz Fornruf 83
Lindenstraße 47 und am Wannenseehf.

Fahrräder - Kinderwagen
Ersatzteile - Reparaturen

**A. Beheim - Schwarzbachs
Kaufmännische Privatbank**
(Inh. F. Eggert)
Neukölln, Anmeldung, Ganghoferstr. 1
und Berliner Str. 82 (Privatwohnung)
Region neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahres-
Leihgänge. - Fernspr.: Neukölln 1063